

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 75 (1992)
Heft: 5

Artikel: Aufruf zur Sachlichkeit in der Asyl-Debatte
Autor: Lewandowsky, Helga / Gerdes, Jürgen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-413847>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aufruf zur Sachlichkeit in der Asyl-Debatte

Hannover, 2. 10. 91

Die FREIEN HUMANISTEN sind in Sorge um die politische Kultur in unserem Land. Sie hat durch den fahrlässigen Umgang mit Vorurteilen, Ängsten und Stimmungen im Rahmen der ausufernden Asyl-Debatte schweren Schaden genommen.

Die Vorgänge in Hoyerswerda und anderswo sowie die Wahl in Bremen haben gezeigt, wie sensibel die Menschen auf gesellschaftliche Probleme reagieren. Parteipolitisches Taktieren und zögerliches Handeln von Verwaltungen und Parlamenten haben dazu geführt, dass unser Land von einer Welle des Fremdenhasses überrollt wird. Die FREIEN HUMANISTEN wenden sich mit diesem Aufruf zur Sachlichkeit an alle Mitbürger. Jeder ist aufgefordert, seinen Beitrag zu einem friedlichen Miteinander mit den in unserem Land lebenden Ausländern zu leisten.

Im Namen der dem Humanismus verbundenen konfessionsfreien Menschen fordern wir insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Medien dazu auf, sich beim Umgang mit den Problemen des politischen Asyls und der hier lebenden Ausländer auf ihre demokratischen Ideale zu besinnen. Das derzeitige Niveau, auf dem sich die gesellschaftliche Diskussion bewegt, ist nicht geeignet, die Probleme zu lösen. Sie sorgt statt dessen für eine emotionsgeladene Atmosphäre, die beginnt, unser Verhältnis zu Fremden nachhaltig zu vergiften. Die folgenden sechs Gesichtspunkte halten wir bei dem gegenwärtigen Diskussionsstand für bedeutend und bedenkenswert:

1. Das individuelle Recht auf politisches Asyl muss als Menschenrecht auch weiterhin ungeschmälerter grundgesetzlicher Schutz genießen.

Unsere Hochachtung gilt denjenigen, die in ihrer un-demokratischen Heimat für Rechte gestritten haben, die für uns Deutsche selbstverständlich sind. Wenn ihr Leben bedroht ist, halten wir es für unsere Pflicht, ihnen Schutz und Gastfreundschaft zu gewähren.

2. Ein Asylsuchender hat Anspruch darauf, dass sein Antrag in einer angemessenen Zeit individuell geprüft und entschieden wird.

Es ist beschämend, Hilfesuchenden beim Betreten unseres Landes zunächst mit dem Verdacht zu begegnen, ein Gauner oder Schnorrer zu sein. Die Fragestellung sollte für uns lauten: «Wie können wir Hilfesuchende schnell und unserem Rechtsstaat angemessen prüfen und gegebenenfalls anerkennen?» Die Frage «Wie schaffe ich mir Scheinasylanten vom Hals?» geht das Problem von der falschen Seite an und setzt Misstrauen an die erste Stelle.

3. Toleranz im Umgang mit Andersartigen ist eine Errungenschaft unserer Kultur. Fremde sind nicht grundsätzlich schlechter oder besser als wir – sie sind anders.

Die Verketterung Andersdenkender fand in der Judenverfolgung des III. Reiches ihren grausamen Höhepunkt. Wer heute Fremde – Angehörige anderer Kulturen – wie Menschen II. Klasse behandelt, hat nicht aus der Geschichte gelernt. Nationalismus und Rassismus führen jede Gesellschaft ins Verderben. Es gilt, den Anfängen zu wehren.

4. Unterschiede in den Lebensumständen machen das Leben in Deutschland für Fremde begehrenswert. Wir dürfen sie dafür nicht verurteilen. Es gilt, eine angemessene Regelung für den Zuzug aus andern Ländern zu finden, die den inneren Frieden bei uns sicherstellt.

Es ist im Laufe der Jahrzehnte gelungen, Fremde aus vielen Ländern in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wir schätzen sie als Kollegen und Mitmenschen. Wir konnten bereits Hunderttausende von Aussiedlern aufnehmen und zu einem grossen Teil mit Arbeit versorgen, auch wenn sie die deutsche Sprache schlecht beherrschten. Wir werden damit zurechtkommen müssen, dass auch künftig Fremde hier bei uns – mit uns – leben werden. Wir dürfen sie nicht von vornherein in eine gesellschaftliche Randsituation bringen – nur weil sie Fremde sind. Das lässt sich mit dem nötigen guten Willen erreichen, auch ohne dass wir «Fremde in unserem eigenen Land» werden.

5. Gewalt ist kein Mittel zur Problemlösung

Scheiterhaufen sind eine Methode des finstersten Mittelalters. Wer Asylantenunterkünfte anzündet, der zeigt, dass er aus der Geschichte nicht gelernt hat. Eine allgemeine Distanzierung von Gewalt entzieht den Gewalttätern den vermeintlichen Rückhalt in der Gesellschaft, von dem sie sich antreiben lassen. Nur die Schaffung praktikabler Lösungen gemeinsam mit der konsequenten Anwendung bestehender Gesetze kann die Situation beruhigen.

6. Das Europa der 90er Jahre erfordert europäische Lösungen. Die deutsche Politik muss internationale Initiativen ergreifen, damit nationale Probleme mit internationalem Charakter gemeinsam bewältigt werden können.

Die Asylfrage und das Problem des zunehmenden Zuzugs von Fremden nach Europa lässt sich nicht dadurch lösen, dass man im ersten Schritt bestehende Rechte abbaut. Neue europäische Vereinbarungen müssen bestehende Regelungen ersetzen. Dabei sind neben der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN von 1948 auch die Genfer Konventionen zu berücksichtigen.

Helga Lewandowsky
(Präsidentin)

Jürgen Gerdes
(Landessprecher)

Freie Humanisten Niedersachsen
Otto-Brenner-Straße 22, 3000 Hannover 1